

Inhalte. Inhalte. Inhalte.



Lisa Paus und Robert Habeck , Foto: Nils Leon Brauer

Robert Habeck: Ein Angebot nach vorne

Unsere Vision für Deutschland ist klar: Wir wollen ein Land, das vorangeht beim Klimaschutz, ohne dabei die soziale Gerechtigkeit aus den Augen zu verlieren. Ein Land, in dem aus erneuerbaren Energien Strom gewonnen wird und dadurch bezahlbar bleibt, in dem faire Löhne und gute Arbeit für alle selbstverständlich sind und in dem Bildung und Chancengleichheit jedem Kind die besten Möglichkeiten eröffnen. Wir sehen die Probleme, die uns alle bewegen: Steigende Lebenshaltungskosten durch hohe Mieten und Lebensmittelpreise, die schwächelnde Wirtschaft und eine immer stärker spürbare Klimakrise mit Dürresommern und Überschwemmungen. Doch wir lassen uns nicht entmutigen und wollen die Probleme gemeinsam lösen.

Was wir erreicht haben

In den drei Jahren unserer Regierungsbeteiligung haben wir viel angepackt. Wir haben den Ausbau und die Sanierung des Schienennetzes der Deutschen Bahn begonnen und erste Streckenteile erfolgreich erneuert. Wir haben das Deutschlandticket eingeführt und den Mindestlohn stark angehoben. Durch das neue Startchancen-Programm investieren Bund und Länder 20 Mrd. Euro in Schulen in benachteiligten Lagen. Um Deutschland als Innovationsstandort zu stärken, haben wir uns für die finanzielle Förderung von Start-ups eingesetzt und wir haben

durch die Einführung sogenannter Praxischecks den Bürokratieabbau vorangetrieben, was beispielsweise dem Ausbau der erneuerbaren Energien enorm geholfen hat. Diesen Ausbau haben wir in den letzten drei Jahren im Rekordtempo vorangetrieben. Inzwischen werden über 60 % unseres Stroms durch erneuerbare Energien erzeugt. Vor unserem Regierungsantritt waren es lediglich 42 %. In dieser Zeit haben wir auch den lange beschlossenen Atomausstieg erfolgreich bewältigt und die Windkraft hat die Kohlekraft als wichtigsten Stromlieferanten abgelöst.

„Mit Robert Habeck haben wir einen Kanzlerkandidaten mit Weitblick, mit Empathie und klarer Kante. Ich bin überzeugt, gemeinsam mit ihm können wir die Herausforderungen unserer Zeit bestehen.“
- Lisa Paus

Zudem hat Robert Habeck während der Energiekrise 2022 mit großem Einsatz die Gasversorgung sichergestellt und damit kalte Heizungen im Winter und den Zusammenbruch der Wirtschaft verhindert. In der aus der Krise folgenden Inflation haben wir die breite Bevölkerung mit der Gas- und Strompreisbremse und der Energiepreispauschale unterstützt.

Antworten in unruhigen Zeiten

Viel liegt noch vor uns und viele haben Sorgen, das ist uns bewusst. Wir wollen das Leben wieder bezahlbar machen. Strompreise sollen weiter sinken, indem wir die Stromsteuer reduzieren. Wir wollen Familien noch stärker unterstützen, indem wir das Kinder- und Elterngeld anheben. Zudem wollen wir die Finanzierung für das Deutschlandticket langfristig sicherstellen, den Preis wieder auf 49 € senken und dauerhaft halten.

Wir stehen für konsequenten Klimaschutz, der viel kostet und daher Bürger*innen nicht finanziell überlasten darf. Um dafür Sorge zu tragen, wollen wir das Klimageld einführen und den Umstieg auf E-Autos unterstützen. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Für Rentner*innen muss Pflege bezahlbar und menschlich sein und sie dürfen nicht aus ihrem gewohnten Wohnumfeld durch steigende Mieten verdrängt werden. Dafür wollen wir die Mietpreisbremse, die noch bis Ende 2025 gilt, verlängern und verbessern.

Wir wollen in einem funktionierenden Land leben. In Dresden stürzt eine Brücke ein und in Berlin bricht an Silvester die Wasserversorgung zusammen. Wir wollen endlich richtig Geld in die Hand nehmen, um solche Probleme zu lösen. Zu lange wurde nicht in Infrastruktur, Schulen und KiTas investiert.

Eine gute Kinderbetreuung in KiTas und Schulen ist ein Schlüssel

für Chancengerechtigkeit, Perspektiven und eine Zukunft, wie Kinder sie sich selbst ausmalen. Außerdem können Eltern nur bei ausreichenden KiTa-Kapazitäten ihrer Arbeit in dem Umfang nachgehen, wie sie es sich wünschen oder müssen. Deshalb wollen wir das Förderprogramm für KiTas in Höhe von 4 Milliarden Euro erweitern, das Lisa Paus, unsere Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, auf den Weg gebracht hat.

Auch Mobilität muss funktionieren: Dazu muss der Fernverkehr ausgebaut und zuverlässig werden. Wir wollen neue Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen Großstädten schaffen und Verbindungen in einem engeren Takt anbieten.

Um unseren Frieden in Freiheit zu sichern, brauchen wir einen klaren Kompass in der Außenpolitik, ein geeintes Europa und starke Bündnisse.

Ein Kanzler mit Kompass

Wir beschreiben die Wirklichkeit ungeschminkt und haben viel vor. Dafür braucht es eine Politik, die zuhört, den Mut zum Gestalten hat und auch bei Gegenwind glaubwürdig Kurs hält. Die sorgfältig abwägt, nachdenkt und ihr politisches Handeln nachvollziehbar erklärt. Mit Robert Habeck haben wir einen Kanzlerkandidaten, der genau dafür steht: Er verbindet Erfahrung und Entschlossenheit mit einem authentischen Stil. Er nimmt sich Zeit für die Themen, die Menschen bewe-

gen. Zugleich hat er bewiesen, dass er schwierige Entscheidungen treffen kann und klare Worte findet. Er steht für eine Politik, die anders als die der Union nicht nur verwaltet, sondern gestaltet.

Wir sehen das Potenzial, das wir als Gesellschaft haben. Wir alle stecken voller Ideen und Innovationskraft. Gemeinsam können wir diese Kraft nutzen, anpacken und Gutes erreichen. Davon sind wir überzeugt und damit unterscheiden wir uns von unseren Mitbewerbern, wir unterscheiden uns von denen, die alles schlecht reden, die alles sprengen wollen und denen, die am liebsten gar nichts verändern möchten. Doch ein „Weiter so“ können wir uns nicht leisten. Wir müssen die Probleme entschlossen angehen. Gemeinsam und mit Robert Habeck schaffen wir das.

■ Jordi Mühle, Anna Vandrey

INHALT

Robert Habeck: Ein Angebot nach vorne	1
Deutschland sanieren	2
Wirtschaft stärken	3
Lisa Paus: Gemeinsam für eine gerechte Zukunft!	4
Soziale Teilhabe	4
Leben bezahlbar machen	5
Freiheit stärken	6
Frieden sichern	7
Grün wählen!	8

Deutschland sanieren,

Deutschland bröckelt, doch wir können es sanieren

Die Bahn ist unpünktlich, Brücken gesperrt und Schulen veraltet: Deutschland ist runtergerockt und kaputtgespart. Daher fordern wir ein umfassendes und langfristig finanziertes Sanierungsprogramm für die öffentliche Infrastruktur. Für ein Land, das funktioniert.

Stellen Sie sich Deutschland vor: Eine Bahn, die pünktlich und zuverlässig kommt. Metropolen sind schnell verbunden, Straßen ohne Schlaglöcher und Brücken nicht gesperrt. Schulen bieten moderne Technik und gepflegte Räume. Behördenanträge können online erledigt werden und das Mobilfunknetz funktioniert überall. Es wäre eigentlich schade, falls all das für Sie utopisch klingen mag. Denn wir finden, das sind Selbstverständlichkeiten in einem funktionierenden Land.

Doch die Realität in Deutschland sieht anders aus. Marode Schienen und kaputte Bahnübergänge prägen den Alltag. Straßensperrungen überlasten den Verkehr, stören den Gütertransport und belasten Wirtschaft wie Nerven der Menschen. Funklöcher machen mobiles Arbeiten schwierig. Verwaltungen hinken bei der Digitalisierung hinterher, Schulen kämpfen mit alten Toilet-

ten und fehlendem WLAN. Die Suche nach einem KiTa-Platz wird mancherorts zur Odyssee.

Warum ist das so? 16 Jahre Unionsregierung sparten das Land kaputt. Notwendige Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung blieben aus. Wir haben in den letzten drei Jahren den Aufbruch begonnen: die Generalsanierung der Bahn, Planungsbeschleunigungen für Infrastrukturprojekte, erste digitale Behördendienste und den größten Unterstützungsfonds für Schulen und KiTas in der Geschichte. Doch wir konnten die Sanierung unseres Landes nicht so entschieden voranbringen wie nötig, denn wie der Union war auch der FDP die schwarze Null wichtiger als ein funktionierendes Land. Das Ergebnis: weiterhin ein öffentlicher Investitionsstau von 600 bis 800 Milliarden Euro.

Es gibt jedoch Gründe, zuversichtlich zu sein. Die aktuellen Proble-

me resultieren aus verfehlter Investitionspolitik – und die können wir auch wieder korrigieren. Entscheidend ist, die benötigten Mittel auch langfristig und zuverlässig bereitzustellen. Zusätzlich zum Geld müssen wir auch Planungssicherheit gewährleisten, damit Unternehmen, Handwerker*innen und Verwaltungen wissen, dass jetzt die große Sanierung beginnt. Dann können sie neue Maschinen anschaffen und Mitarbeiter*innen einstellen. Neben Geld braucht es nämlich auch Arbeitskraft für die Sanierung.

Unser Vorschlag, der all das erfüllen kann, ist: Der Deutschlandfonds. Er soll langfristig über mehrere Legislaturperioden hinweg die Finanzierung großer Investitionen sichern. Damit würde er die beiden Anforderungen erfüllen, nämlich ausreichende finanzielle Mittel und Planungssicherheit für die Beteiligten. Der Fonds dient dann nicht nur

den Projekten einzelner Regierungen, sondern wirklich den Menschen und der Zukunft des Landes. Damit können wir die Generalsanierung der Bahn vorantreiben, neue Strecken bauen sowie Brücken und Straßen sanieren. Außerdem können wir die Kommunen finanziell so ausstatten, dass Schulen, KiTas, Schwimmbäder, Behörden und der ÖPNV modernisiert und ausgebaut werden können.

Das klingt alles weit weg. Aktuell ist es das auch. Aber unser Ansatz ist endlich ein Weg. Es wird eini-

ge Zeit dauern, bis wir Deutschland gemeinsam saniert haben, aber genau deswegen dürfen wir nicht weiter warten. Zu lange haben wir es aufgeschoben und das belastet inzwischen unsere Wirtschaft und die Geduld aller. Mit dem Deutschlandfonds können wir das Ruder rumreißen. Das Land zu Beginn dieses Artikels ist eigentlich gar nicht so fern. Wenn man die richtige Politik macht. Sie haben die Wahl.

■ Jordi Mühle



Lisa Paus, Foto: Nils Leon Brauer

„Für eine gerechtere Zukunft müssen wir heute entschlossen investieren: In eine klimagerechte Wirtschaft, in Bildung, in bezahlbaren Wohnraum und in Infrastruktur.“

- Lisa Paus

Mit den Unternehmen zum klimaneutralen Wohlstand

Private Unternehmen sind unsere Verbündeten. Damit Deutschland nicht zum Industriemuseum wird, müssen wir sie bei der teuren Transformation unterstützen. Dazu gehört auch, nicht ständig an Klimaschutzstandards zu rütteln, denn Unternehmen mögen keinen Zick-Zack-Kurs.

Unternehmen müssen investieren. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. So muss beispielsweise Energie günstiger werden und wir brauchen ausreichend Fachkräfte. Das genügt aber nicht. Wir müssen Unternehmen zusätzlich bei ihren Investitionen unterstützen.

Das hat drei Gründe. Die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Rahmenbedingungen benötigt Zeit, selbst wenn wir sie nun endlich konsequent angehen. Denn der Ausbau erneuerbarer Energien und die Sanierung der Infrastruktur sind aufwändig. Gleichzeitig ist der Investitionsbedarf der Unternehmen sehr akut und enorm hoch: Die ökologische und digitale Transformation erfordert massive Investitionen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Unternehmen können und wollen nicht warten. Zu all dem gesellt

sich, dass Länder wie die USA und China private Investitionen von Unternehmen massiv subventionieren, um sie aktiv abzuwerben.

Aufgrund der Kombination dieser drei Faktoren schlagen wir eine auf fünf Jahre befristete Investitionsprämie von 10 Prozent vor, um Unternehmen zu motivieren, jetzt in Deutschland zu investieren. Ansonsten drohen Abwanderungen, weil andere Standorte attraktiver sind, um sich zukunftsfest aufzustellen.

Die Union und die FDP schlagen dafür Unternehmenssteuersenkungen vor. Das würde jedoch einfach Geld nach dem Gießkannenprinzip an diejenigen verteilen, die Gewinne erzielen. Wir wollen kein Steuer-geld verschenken, sondern Unternehmen bei ihrer Transformation unterstützen. Eine 10-prozentige Investitionsprämie würde den Staat etwa dasselbe kosten, würde aber

viel zielgenauer eingesetzt und beispielsweise auch Unternehmen unterstützen, die noch keine Gewinne machen, wie etwa Start-ups. So fördern wir mit unserer Idee der Investitionsprämie gezielt die Modernisierung unserer Industrie auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen, klimaneutralen und zukunftssicheren Wirtschaft.

Gleichzeitig ist für Unternehmen auch das Vertrauen wichtig, dass Rahmenbedingungen langfristig Bestand haben. Denn Investitionen werden nur getätigt, wenn Unternehmen wissen, was sie in Zukunft erwartet. Wir stellen uns daher gegen die Ideen von Union und FDP, gemeinsame Kompromisse zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit wieder abzuschaffen. Das ist nicht nur schädlich für unsere Lebensgrundlagen, sondern auch wirtschaftspolitischer Unfug. Denn irgendwann

müssen wir ohnehin Regeln für klimaneutrales Wirtschaften setzen. Irgendwann können wir keine neuen Verbrenner mehr zulassen und neue Gasheizungen einbauen. Wir halten es daher für ehrlich, Regeln zu beschließen, die Bestand haben. So können sich alle langfristig darauf einstellen.

Regeln nur wegen der Stimmungslage abzuschaffen, um diese in ein paar Jahren wieder einführen zu müssen, ist keine kluge Politik. Dieser Zick-Zack-Kurs schadet unserer Wirtschaft und nützt gar nichts. Wir Grüne stehen für eine beständige und vorausschauende Wirtschaftspolitik – zusammen mit den Unternehmen. Denn der Wohlstand von morgen wird klimaneutral sein.

■ Jordi Mühle

Umwelt schützen

Zu einem funktionierenden Land gehört auch eine funktionierende Umwelt. Denn ohne intakte Lebensgrundlagen wird es auch keine gute Zukunft geben.

Umweltschutz ist eines unserer Kernthemen. Ganz wesentlicher und wichtiger Teil des Umweltschutzes ist der Naturschutz, denn indem wir die Natur schützen, schützen wir uns selbst.

Wir setzen uns daher für den Erhalt unserer Biodiversität ein, also für die Vielfalt aller lebenden Organismen, Lebensräume und Ökosysteme auf dem Land, im Süßwasser, in den Ozeanen sowie in der Luft. Mit einer verbindlichen Biodiversitätsstrategie werden wir dieses Ziel national umsetzen. Um das Ökosystem Wald zu erhalten, setzen wir auf ein modernes Bundeswaldgesetz, das natur- und klimaverträgliche Holznutzung zum Standard macht. So werden Wälder erhalten und können wieder wachsen.

Wir Grüne stehen auch für einen konsequenten Tierschutz. Wir setzen uns gegen die Massentierhaltung ein, die einerseits ein großer CO₂ Emittent und viel wichtiger: einem Tierleben unwürdig ist. Wir wollen deshalb Haltungsformen verbessern und Tiertransporte begrenzen. Außerdem wollen wir Tierquälerei entschieden bestrafen, Tierversuche reduzieren und bestmöglich durch innovative, tierversuchsfreie Methoden ersetzen. Zudem wollen wir Wildtiere aus Zirkussen verbannen. Denn: Tierschutz ist für uns eine Frage der Moral.

■ Anna Vandrey

Das Märchen von der grünen Schuld

Es ist ein beliebtes Narrativ: Die Grünen seien schuld an der Wirtschaftsschwäche. Dieses Narrativ verkennt die wahren Probleme und ist sogar eine echte Gefahr. Denn wenn die Diagnose schon falsch ist, wird die verordnete Therapie sicher nicht helfen.

Die deutsche Wirtschaft lahmt, das ist richtig. Der Eine oder die Andere zeigt mit dem Finger schnell auf die Grünen. Die These, wir hätten in nur drei Jahren alle Probleme in unserem Land erzeugt, ist doch sehr realitätsfern.

Erstens ignoriert das vollkommen, dass vor diesen drei Jahren 16 Jahre lang die Union mit SPD oder FDP in der Verantwortung war und Deutschland auf seine Substanz sparte. Zweitens verkennt es, in welcher Zeit wir regierten. Es ist kein

Zufall, dass die jahrzehntelangen Versäumnisse in den letzten Jahren sichtbar wurden. Denn wir profitierten lange Zeit vom „Geschäftsmodell Deutschland“: billiges russisches Gas, günstige Vorprodukte aus China, hochqualitative Exporte in einen starken Weltmarkt und Sicherheitsgarantien der USA. Doch globale Konflikte und Umbrüche schickten unser Geschäftsmodell in den letzten Jahren leider in Rente. Plötzlich wurden all die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte sichtbar.

Nun uns als Grüne zum Schuldigen zu erklären, ist absurd. Wir haben sicher Fehler gemacht, insbesondere die Außenwirkung der Ampel hat die Verunsicherung aller verschärft. Aber wir haben ein Land voller Probleme geerbt. Dass die Union ihre Versäumnisse nicht benennt und fortwährend auf andere zeigt, ist eine Farce. Sie erzählt das Märchen von der grünen Schuld, um wieder an die Macht zu gelangen – eine bewusste Irreführung der Menschen zu eigenen Zwecken. Und

das leider auf Kosten unseres Landes. Denn wir brauchen keine politischen Märchen. Das können wir uns in der aktuellen Lage nicht leisten. Wir brauchen kluge Diagnosen und wirksame Therapien. Nur so können wir Deutschland wieder auf Kurs bringen. Völlig unabhängig davon, welche Partei Sie letztlich wählen – glauben Sie nicht an das Märchen von der grünen Schuld. Es schadet unserem Land.

■ Jordi Mühle

Wirtschaft stärken!

Fokus auf Erneuerbare

Wir brauchen günstigeren Strom. Der einzige Weg zu wirklich langfristig günstiger Energie geht über Erneuerbare. Ablenkungsdebatten über Kohle- und Atomstrom helfen nicht weiter. Wir halten daher Kurs beim Rekordausbau.

Deutschland soll Industrieland bleiben. Die Abwanderung des industriellen Kerns muss verhindert werden. Allerdings sind die Stromkosten für die Industrie zu hoch. Kurzfristig schlagen wir vor, Netzentgelte zu senken, die Stromsteuer massiv zu reduzieren und energieintensive Unternehmen zusätzlich zu unterstützen. Langfristig müssen wir jedoch die Energiekosten auf ein wettbewerbsfähiges Niveau senken.

Über den besten Weg dorthin wird viel diskutiert. Sachlich betrachtet scheiden einige Optionen aus: Kohleverstromung ist ökologisch nicht tragbar und wird spätestens in den 2030er Jahren unrentabel. Atomkraft liefert zwar viel Strom, ist jedoch extrem kostenintensiv und daher keine praktikable Option, um unsere Energiekosten zu senken. Neue Atomkraftwerke würden den teuersten Strom produzieren, der jemals in Deutschland erzeugt wurde. Atomstrom treibt uns zudem erneut in Abhängigkeiten zum Iran und Russland, die uns das Uran liefern. Hinzu kommt das ungelöste Problem des radioaktiven Mülls und der von ihm ausgehenden Gefahren.

Erneuerbare Energien hingegen sind heute schon die günstigste Energiequelle. Der einzige Weg zu langfristig günstiger Energie wird der schnelle und massive Ausbau der Erneuerbaren und der dazugehörigen Infrastruktur sein. Wir sind endlich einen riesigen Schritt vorangekommen: 2024 kamen 60 % unseres Stroms aus erneuerbaren Quellen, 2021 waren es erst 42 %. Bis 2030 sollen es 80 % werden und ab

2035 soll Strom vollständig klimaneutral erzeugt werden.

Das ist ambitioniert, doch es wird sich auszahlen. Denn es bringt uns eine günstige, unabhängige und klimaneutrale Energieversorgung. Fossile Energien und Atomstrom werden das nie leisten können – das ist kein grüner Wunsch, sondern ein Fakt.

Die Verzögerung des Ausbaus der Erneuerbaren durch dauernde Ablenkungsmanöver wie von der Union sind kein Beitrag zu langfristig günstiger Energie.



Ausblick von einem Windrad, Foto: lizenzfrei

tiger Energie. Die Fokussierung auf alte Energieträger ist daher sogar ein Risiko für die Wirtschaft. Eine kluge Energiepolitik, die wirkliche Standortvorteile schafft, ist und bleibt grüne Energiepolitik!

■ Jordi Mühle

Der Staat darf Arbeit nicht verhindern

Ob Handwerk, Gastronomie oder große Konzerne – alle suchen Fachkräfte. Doch mit besseren Regeln kann der Staat viel bewegen, an vielen Stellen steht Deutschland der Arbeit im Weg. Das schadet unserer Zukunftsfähigkeit.

Attraktiver werden für kluge Köpfe aus der ganzen Welt

Deutschland benötigt jedes Jahr eine Zuwanderung von 400.000 bis 500.000 Fachkräften, um den Fachkräftemangel auszugleichen – ein Problem, das durch den demografischen Wandel weiter zunimmt. Daher müssen wir Barrieren weiter abbauen, denn Deutschland konkurriert mit Ländern wie Kanada, Norwegen und der Schweiz um die besten Köpfe der Welt.

Weg muss weiter vereinfacht werden: Ein digitaler und schneller Einwanderungsprozess ist essenziell. Ein Arbeitsvisum sollte online beantragt werden können, zentral organisiert durch eine digitale Einwanderungsagentur. Auch der Austausch mit Behörden auf Englisch und eine schnelle Anerkennung von Berufsabschlüssen sind entscheidend. Eine zentrale Anerkennungsstelle soll hier Prozesse beschleunigen.

Arbeitshindernisse für Geflüchtete abbauen

Gleichzeitig wollen wir es Geflüchteten ermöglichen, schneller eine Arbeit aufnehmen zu können – etwas, was sich viele Geflüchtete wünschen. Das entlastet auch die Sozialsysteme, da Geflüchtete dann einzahlen – und es gibt kaum eine bessere Integration in unsere Gesellschaft als den Arbeitsplatz. Doch staatliche Hürden verhindern dies derzeit aktiv: Geflüchtete benötigen für jeden Job eine neue Genehmigung der Behörden, was oft Monate dauert, und daher Arbeitsaufnahmen verzögert oder ganz verhindert. Unternehmen werden so abgeschreckt, Geflüchtete einzustellen.

Es ist absurd und nicht vermittelbar, dass staatliche Regeln die Arbeitsaufnahme Geflüchteter verkomplizieren. Eine einfache Lösung wäre, das Verfahren umzukehren: Unternehmen melden die Anstellung bei der Behörde, können jedoch sofort einstellen. Die Behörde könnte dann bei Bedarf eingreifen, müsste aber nicht mehr vorab genehmigen. Diese Änderung wäre leicht umsetz-

bar und war auch schon beschlossen, fiel dann aber dem Regierungsbruch zum Opfer. Wir wollen diese Regelung in einer nächsten Regierung unbedingt umsetzen!

KiTa-Ausbau ist Wirtschaftsförderung

Ein weiterer wichtiger Schritt ist auch die bessere Einbindung des inländischen Potentials. Jede zweite Frau in Deutschland arbeitet in Teilzeit, oft unfreiwillig, da die Kinderbetreuung nicht zuverlässig ist. Würden alle Mütter so arbeiten können, wie sie möchten, würden bis zu 840.000 zusätzliche Vollzeit-Arbeitskräfte verfügbar sein. Doch für viele Familien bleibt der Alltag eine Herausforderung: KiTa-Plätze sind schwer zu finden und, auch wer einen Platz hat, kämpft mit Ausfällen und Personalmangel.

Die unzureichende Betreuung beeinträchtigt damit nicht nur Familien und die Gleichstellung, sondern auch die Wirtschaft. Wir Grüne fordern konsequente Investitionen in KiTas: bessere Ausstattung, faire Bezahlung und mehr Personal. Mit dem größten Investitionsprogramm in der deutschen Geschichte wurde ein Anfang gemacht, doch dieser Weg muss intensiviert werden. In einer Zeit, in der Arbeitskräfte dringend benötigt werden, dürfen unzureichende KiTa-Angebote nicht diejenigen ausbremsen, die mehr arbeiten möchten. Gute Kinderbetreuung ist nicht nur eine soziale Frage – sie ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

■ Jordi Mühle

Bürokratieabbau: effizient und digital

Um unser Land zu modernisieren, brauchen wir gute Rahmenbedingungen. Dafür müssen wir auch den Bürokratieabbau voranbringen. Mit Einführung sogenannter Praxischecks haben wir mit dem Bürokratieabbau auf Bundesebene begonnen.

Wir haben den Bürokratieabbau vorangetrieben. Die von uns eingeführten Praxischecks sehen vor, dass Arbeitsgruppen Abläufe aus der Praxis untersuchen und strukturiert überprüfen. Bei dem Verfahren zur Installation von Photovoltaikanlagen konnten wir beispielsweise über 50 Hindernisse identifizieren, die einem beschleunigten Ausbau entgegenstehen. Gesetzliche Regelungen konnten entfallen oder geändert werden, damit Verwaltungsprozesse für Bürger*innen und Unternehmen einfacher und transparenter werden. Auch Genehmigungsverfahren für den Schienenausbau und für den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur wurden so beschleunigt.

Diese Praxischecks wollen wir deshalb ausweiten. Wir wollen das Konzept fest in die Gesetzgebung integrieren und auf EU-Ebene etablieren, um neue bürokratische Hürden zu verhindern.

Ein besonderes Augenmerk soll hierbei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gelten, die besonders stark unter unübersichtlichen Regelungen, zum Beispiel bei der Unternehmensgründung, leiden. Das haben wir erkannt und auch hier eine Trendwende eingeleitet. Dadurch ist der Bürokratiekostenindex in den vergangenen Jahren so stark gesunken wie nie zuvor. Daran wollen wir anschließen und beispielsweise Berichtspflichten für diese Unternehmen abbauen.

Zusätzlich müssen wir auch digitaler werden. Der Kontakt mit Behörden ist in Deutschland oft zu aufwendig und zu teuer. Wir wollen zentrale öffentliche Dienstleistungen für Unternehmen bündeln, sodass Daten nur einmal eingereicht werden müssen. Zudem wollen wir mit den Bundesländern und Kommunen eine Deutschland-App entwickeln, die schrittweise alle

staatlichen Verwaltungsangebote zusammenfasst. Mit wenigen Klicks soll jede Person einen Personalausweis beantragen oder ihre neue Wohnung anmelden können. Die Digitalisierung der Verwaltung ist machbar – wenn wir es wirklich anpacken.

Bei aller berechtigter Begeisterung für den Bürokratieabbau ist es jedoch auch wichtig, zwischen unnötigen und sinnvollen Regeln zu unterscheiden. Arbeitsschutzstandards und Umweltregeln sichern uns ein gutes Leben und dürfen nicht als „bürokratische Hürden“ abgetan werden. Wir Grüne sind deshalb für Effizienz, Planungsbeschleunigung und Digitalisierung, um das Leben zu erleichtern, ohne wichtige Standards zu aufzugeben.

■ Jordi Mühle, Anna Vandrey

Sich ehrlich machen: Wie wollen wir das bezahlen?

„Das klingt gut – aber wie wollen die das bezahlen?“ Diese Frage ist richtig und entscheidend. Die Union etwa plant Projekte, die zu 100 Milliarden Euro nicht gegenfinanziert sind. Das führt entweder dazu, dass diese Projekte nicht umgesetzt werden oder später versteckt finanziert werden müssen. Das halten wir nicht für ehrlich. Wir möchten an dieser Stelle aufzeigen, wie wir unsere Vorschläge finanzieren wollen, sodass wir offen darüber diskutieren können.

Einige unserer Vorschläge, wie der Bürokratieabbau, senken sogar Kosten. Andere, wie unser Sanierungsprogramm, sind jedoch sehr teuer. Für diese Projekte schlagen wir eine Reform der Schuldenbremse vor. Kredite sollen ausschließlich für Investitionen erlaubt werden, die langfristige Gegenwerte schaffen – etwa für Infrastruktur, Schulen und Energienetze. Konsumausgaben wie Beamtenge-

hälter bleiben innerhalb der strikten Regeln der Schuldenbremse. Diese Reform ist notwendig, weil der enorme Investitionsstau aus dem laufenden Haushalt nicht abgebaut werden wird. Sie ist aber auch generationengerecht: Künftige Generationen erben zwar höhere Geldschulden, aber dafür ein funktionierendes Land. Ohne Reform würden sie zwar eine „schwarze Null“ erreichen, aber ein kaputtes Land vorfinden – das wären ebenfalls Schulden: Infrastrukturschulden.

Quasi alle Wirtschaftsinstitute, der Internationale Währungsfonds und die Bundesbank, unterstützen diesen Ansatz. Dass sich Union und FDP dem verweigern, ist vollkommen sachfremd und unverantwortlich. Lassen Sie uns Deutschland endlich konsequent sanieren.

Am Leben teilhaben,

Lisa Paus: Gemeinsam für eine gerechte Zukunft!

Wir müssen allen Kindern gleiche Chancen bieten, Familien entlasten und in eine faire Zukunft für alle Generationen investieren.

Eines meiner Herzensthemen ist Gerechtigkeit! Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit – die Liste lässt sich fortsetzen.

Immer noch ist der Bildungsweg unserer Kinder und Jugendlichen in Deutschland abhängig vom Elternhaus. Wer in einem Umfeld aufwächst, in dem wirtschaftliche Sorgen und existenzielle Ängste belasten, hat in unserem Land kaum die Möglichkeit, die eigenen Wünsche und Fähigkeiten voll zu entfalten. Das ist zutiefst ungerecht!

Wie kann es sein, dass Kinder nicht nach ihren Talenten und Interessen gefördert werden, sondern ihre Zukunft immer noch von der Finanzkraft der Eltern abhängt? Alle Kinder sollen die gleichen Chancen bekommen. Egal, ob sie in Helldorf, in der Gropiusstadt oder in Charlottenburg aufwachsen.

Kinderarmut entschieden bekämpfen

Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille. Es ist Aufgabe des Staates, Kinderarmut zu bekämpfen. Daher braucht es auch den Wechsel von der Hol- zur Bring-

schuld in der Praxis. Wir brauchen die Kindergrundsicherung! Dafür werde ich mich weiter entschlossen einsetzen.

Eltern sollen von Geburt an wissen, welche Gelder ihnen für ihr Kind zustehen und dieses Geld auch umgehend zur Verfügung haben. Mit dem sogenannten Leistungscheck soll standardisiert das Recht auf Kinderzuschlag geprüft werden. Um den Anspruch für Kinder und ihre Eltern insgesamt zu erhöhen, soll aber zusätzlich das Existenzminimum für Kinder neu berechnet werden.

Ein gutes Leben für alle Generationen: Für Kinder, Familien und Senior*innen

Wir Grüne treten dafür an, entschlossen in unsere Zukunft und ins Heute zu investieren und Ressourcen endlich gerecht zu verteilen. Gute Betreuungsangebote schaffen einen gerechten Start für alle Kinder und ihre Familien. Gemeinsam kämpfen wir weiter darum, dass Kinderarmut endlich Geschichte ist und dass Familien in all ihren vielfältigen Formen gut leben können, ohne von Amt zu Amt zu laufen.

Der Druck auf Familien, Pflegekräfte und Betreuende ist riesig: Der Fachkräftemangel trifft auf die

Krise in den KiTas: Konkret bedeutet das, wenn morgens eine Nachricht eintrifft, dass die KiTa wegen der Erkrankung einer Person früher schließen muss, der gesamte Tagesablauf umgeplant und die Versorgung improvisiert sichergestellt werden muss. Ich setze mich dafür ein, dass Kinderbetreuung verlässlich ist – für Kinder und für Eltern.

Wer Kinder hat oder Angehörige versorgt, muss sowohl berufliche als auch familiäre Verpflichtungen gleichzeitig bewältigen. Das bedeutet im Umkehrschluss: Fehlen gute KiTas oder Pflegedienste, entsteht nicht nur erheblicher Stress, sondern es geht auch Arbeitskraft verloren, die unsere Wirtschaft dringend benötigt. Dies verdeutlicht, dass Familien- und Pflegepolitik eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenarbeiten, können wir gemeinsam neue Lösungen finden.

Die Vereinbarkeit von Beruf sowie Betreuungs- und Pflegearbeit muss

besser gelingen. Menschen, die Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige, Nachbar*innen oder Freund*innen übernehmen, verdienen mehr Unterstützung und eine finanzielle Absicherung, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren müssen.

Für ein gerechtes Berlin – auch im Bund ab 16 Jahren wählen

Demokratien sind stark, wenn alle Generationen mitmischen können. Junge Menschen sind von Entscheidungen am längsten betroffen. Statt über ihre Köpfe hinwegzugehen, sollen sie auch auf Bundesebene ab 16 Jahren mitbestimmen können. Wir fordern das Wahlrecht ab 16 auf Bundesebene! Auch bis ins hohe Alter wollen Menschen teilhaben und sich einbringen können. Gesundheit, Mobilität, Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität sind dafür Voraussetzung. Die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, haben

wir u.a. mit der Engagementstrategie, aber auch mit Programmen zur Teilhabe für Senior*innen auf den Weg gebracht. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass alle Menschen, am sozialen und öffentlichen Leben teilnehmen können.

Chancen sollen gerecht verteilt werden und das bedeutet, jetzt zu investieren, um den jahrzehntelangen Stillstand zu überwinden: In Bildung, in Infrastruktur, in bezahlbaren Wohnraum, in klimagerechte Wirtschaft, in unsere Kinder und in unsere Zukunft. Darum reformieren wir die Schuldenbremse. Wir wollen einen Investitionsfonds für Deutschland, wir sorgen dafür, dass die Bahn nutzbar bleibt und wir investieren in KiTas und Schulen. Denn der gemeinsam erwirtschaftete Wohlstand in unserem Land muss fairer geteilt werden.

Zusammen mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setze ich mich für eine gerechte Zukunft ein. Ich freue mich, wenn Sie uns mit beiden Stimmen dabei unterstützen.

■ Lisa Paus
Ihre Direktkandidatin für Charlottenburg-Wilmersdorf

„Mein Name ist Lisa Paus und ich bin Ihre Bundestagsdirektkandidatin für Charlottenburg-Wilmersdorf sowie Spitzenkandidatin für den Bundestag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Berlin. Vielleicht bin ich Ihnen in meinem Amt der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schon begegnet oder Sie kennen mich als Berliner Grünenpolitikerin von Gesprächen, Podien oder Veranstaltungen.“



Lisa Paus, Foto: Laurence Chaperon

„Kinderarmut muss konsequent bekämpft werden, Chancen dürfen nicht vom wohlhabenden Elternhaus abhängen. Dafür müssen KiTas, Schulen und Betreuungsangebot breit und qualitativ aufgestellt sein.“

- Lisa Paus

Gute Arbeit, faire Löhne

Gute Arbeit ist ein wichtiger Teil eines selbstbestimmten und würdevollen Lebens. Gute Bezahlung ist eine Frage der Gerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns für faire Entlohnung ein.

Gute Arbeit bildet das Fundament einer gerechten Gesellschaft. Gut bedeutet für uns, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können, fair bezahlt werden, sich am Arbeitsplatz wohlfühlen und ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen gewahrt werden. Nur wenn Menschen mit ihrer Arbeit und dem Umfeld zufrieden sind, haben sie darüber hinaus genug Kraft, um ihren Alltag ohne viel Stress zu bewältigen und sich um Kinder oder Verwandte zu kümmern, Freund*innen zu treffen oder sich ehrenamtlich einzubringen. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Deshalb setzen wir uns für eine Arbeitswelt ein, in der alle Zugang zu guter Arbeit haben – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Alter. Das wollen wir durch Ausbildungen, Studiengänge, Fort- und Weiterbildungen, durch bessere Integration in den Arbeitsmarkt sowie durch Erleichterungen bei der Arbeitsaufnahme und den Abbau von Arbeitsverboten fördern.

Damit sich Arbeit lohnt, wurde in den vergangenen drei Jahren der Mindestlohn von 9,60 € auf 12,81 € angehoben. Das genügt uns jedoch noch nicht. Wir wollen weitere Erhöhungen, um die Inflation stärker auszugleichen. Insgesamt wollen wir

einen Mindestlohn von 15,00 € erreichen. Zudem möchten wir, dass der Mindestlohn auch für unter 18-Jährige gilt. So erfüllen wir zugleich die Vorgaben der europäischen Mindestlohnrichtlinie.

Wir wollen die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig und umfassend umsetzen, damit Frauen ihr Recht auf gleiche Bezahlung endlich durchsetzen können. Denn trotz aller Fortschritte verdienen Frauen in Deutschland noch immer weniger als Männer – selbst bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit. Verbindliche Regeln und bessere Klagemöglichkeiten sollen sicherstellen, dass dieser Grundsatz in der Praxis ankommt – ein wichtiger Schritt hin zu echter Gleichstellung.

Wir wollen, dass mehr Arbeitnehmer*innen nach Tarifvertrag bezahlt werden. Denn Tarifverträge sorgen nicht nur für höhere Löhne, sondern auch für bessere Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern. So stärken wir Unternehmen, die sich für gute Arbeitsbedingungen einsetzen.

■ Anna Vandrey

Klimaschutz bezahlbar machen

Einige fragen sich, wie sie zusätzliche Kosten des Klimaschutzes tragen sollen. Wir Grüne wollen niemanden alleine lassen und wissen um unsere besondere Verantwortung: Weil wir konsequent für den Klimaschutz eintreten, werden wir die Menschen ebenso konsequent dabei unterstützen.

Für uns ist klar: Klimaschutz darf niemanden finanziell überlasten. Ein zentraler Baustein dafür ist das Klimageld, das wir für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen einführen wollen. Es ist ein einfaches Prinzip: Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung fließen durch direkte Auszahlungen zurück an die Bürger*innen. Das stellt sicher, dass höhere CO₂-Preise nicht zu einer höheren Belastung führen. Denn bei höheren Preisen würde auch das Klimageld an die Bevölkerung ansteigen. Der Mechanismus stellt sicher, dass Klimaschutz nicht zu steigenden Lebenshaltungskosten führt.

Leider scheiterte die Einführung dieses Systems an der FDP. Doch wir kämpfen entschieden dafür, dass das Klimageld in der nächsten Legislaturperiode kommt. Dann muss niemand Angst vor steigenden CO₂-Preisen haben, denn mit dem

Klimageld machen wir Klimaschutz für alle bezahlbar.

Gleichzeitig wissen wir, dass der Umstieg auf klimafreundliche Alternativen oft hohe Anfangsinvestitionen bedeutet. Auch hier stehen wir Grünen für Entlastung und Unterstützung. Wir haben durchgesetzt, dass der Staat bei der Umstellung auf klimaneutrales Heizen 50 bis 70 Prozent der Kosten übernimmt. Diese Förderung wollen wir verlässlich erhöhen. Zusätzlich wollen wir die Förderung energetischer Sanierung ausbauen, denn wer sein Haus oder seine Wohnung modernisiert, spart Energie und Geld.

Klimaschutz darf zudem kein Projekt der städtischen Bevölkerung werden. Daher wollen wir E-Autos fördern und bezahlbar machen, insbesondere für Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen und im ländlichen Raum. Denn gerade

dort, wo Alternativen wie der öffentliche Nahverkehr fehlen, sind E-Autos eine wichtige klimafreundliche Lösung. Menschen auf dem Land dürfen durch Klimaschutz in ihrer Mobilität nicht beeinträchtigt sein.

Wir Grüne geben unser Wort: Die notwendige Transformation wird gerecht gestaltet. Insbesondere Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen können darauf vertrauen, dass wir sie nicht allein lassen. Denn wir wissen um unsere besondere Verantwortung: Weil wir konsequent für den Klimaschutz eintreten, kämpfen wir ebenso konsequent dafür, dass alle Menschen die Umstellung mitgehen können.

■ Jordi Mühle

fair und bezahlbar!

Mieten stoppen und Mieter*innen schützen

Mieter*innen stehen seit Jahren unter Druck. Deswegen kämpfen wir für bezahlbares Wohnen, sozialen Zusammenhalt, lebendige Nachbarschaften und gegen Verdrängung und Spaltung der Gesellschaft. Doch weil die Gesetzgebungskompetenz für Mieten zurzeit beim Bund liegt, müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen auf Bundesebene schaffen. Dafür setzen wir uns ein.

Recht auf Wohnen statt auf Profite

Für eine sozial gerechte und nachhaltige Wohnungspolitik brauchen wir ein neues, gerechtes Miet- und Baurecht. Dafür fordern wir als kurzfristige Maßnahme zunächst einen Mietstopp in angespannten Wohnungsmärkten. Damit sollen Mieterhöhungen für Wohnraummietverhältnisse für fünf Jahre stärker begrenzt werden - in Berlin wollen wir die Mieten vollständig einfrieren.

Nachdem der sogenannte Mietendeckel für Berlin vor dem Bundesverfassungsgericht im Jahr 2021 vorerst gescheitert ist, hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss damals ausgeführt, dass der Bundesgesetzgeber (Bundestag/Bundesrat) weitreichende soziale Regelungen beim Abschluss von Mietverträgen erlassen kann. Wir wollen uns deshalb auf Bundesebene für neue Regelungen einsetzen. Durch eine Länderöffnungsklausel sollen Länder und Kommunen (Landkreise oder Städte) Mieten deckeln können. So sollen auch Städte handlungsfähig werden, um eine diverse Stadtgesellschaft zu erhalten. In einer Situation, in der viele Mieter*innen ihre Wohnungen aufgrund finanzieller Überforderung verlieren, braucht es endlich eine faire gesetzliche Lösung.

Auch die Mietpreisbremse, die bei Neuvermietung die Mieten auf maximal 10 % oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt, muss dringend über 2025 hinaus verlängert,

verbessert und auf möbliertes Wohnen auf Zeit ausgeweitet werden.

Für echten Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

Seit Ende 2021 ist die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch den Bund stark eingeschränkt - auch diese Regelungen läuft aus und muss verlängert werden, denn bei umgewandelten Eigentumswohnungen drohen viel häufiger Eigenbedarfskündigungen, da sie oft für den Privatgebrauch erworben werden. Wir wollen die Möglichkeiten für Eigenbedarfskündigungen stark einschränken und die Härtefallregelung ausweiten. Wir wollen auch den vorgetäuschten Eigenbedarf und Verstöße gegen die Mietpreisbremse ahnden. Es kann nicht sein, dass Mieter*innen sich immer einzeln und nur zivilrechtlich wehren müssen.

Schluss mit der Spekulation

Eines der größten Probleme ist die zunehmende Spekulation mit Grund und Boden. Als effektives Mittel muss auf Bundesebene das geplante Immobilienregister eingeführt sowie ein Miet- und Wohnungskataster geschaffen werden. Nur so gibt es einen Überblick über Eigentümer*innen, Miethöhen, Leerstand oder die Nutzung als Ferienwohnung.

Wir wollen zudem in öffentlicher Hand liegende Flächen für den sozialen Wohnungsbau nutzen. Die

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) soll deshalb verpflichtet werden, den Kommunen die Flächen günstig zu verkaufen.

Wärmewende mit den Mieter*innen

Ein weiteres zentrales Thema auf Bundesebene ist die Wärmewende. Fast die Hälfte der CO₂-Emissionen in Deutschland kommt aus dem Gebäudebereich. Eine klimafreundliche Sanierung von Gebäuden ist daher unverzichtbar. Doch klar ist: Die Kosten dieser Sanierungen dürfen nicht zu einer weiteren Belastung der Mieter*innen führen. Deshalb muss die Modernisierungumlage reformiert werden, um die Kosten für energetische Sanierungen fair auf Mieter*innen, Vermieter*innen und den Staat zu verteilen. Dafür sind entsprechende Förderprogramme auf Bundesebene bereitzustellen.

Lebendige Kieze erhalten

Nicht nur der Wohnraummarkt ist in vielen Städten problematisch, auch der Gewerberaummarkt muss dringend reguliert werden. Gewerberaummieten steigen, was zur Verdrängung kleiner Läden und sozialer Einrichtungen führt. Sie sind häufig nicht mehr in der Lage, die hohen Mieten zu zahlen. Wir wollen deshalb auf Bundesebene den Kündigungsschutz für Gewerbetreibende neu regeln und verbessern, um kleine Läden und Einrichtungen zu erhalten.

Ein weiteres Problem ist der Leer-

stand von Gewerbeflächen. In vielen Stadtteilen stehen Gewerbeflächen leer, die dringend für soziale und kulturelle Zwecke gebraucht werden. Auch hier wollen wir im Bund auf eine Regelung hinwirken, die den Leerstand von Gewerbeimmobilien reduziert und so den sozialen Zusammenhalt in den Städten fördert.



Katrin Schmidberger,
Foto: Vincent Villwock

Steuergerechtigkeit auch bei Immobilien

Aktuell sind Gewinne bei dem Verkauf von Immobilien aus Privatvermögen nach einer „Spekulationsfrist“ von zehn Jahren steuerfrei. Dies führt zu erheblichen Steuerverlust von schätzungsweise sechs Milliarden Euro im Jahr. Wir wollen daher die Abschaffung dieser Spekulationsfrist für nicht zu eigenen Wohnzwecken genutzte Immobilien. Zudem sind Immobiliengesell-

schaften (z.B. GmbHs), die in der Regel als rein vermögensverwaltend und nicht gewerblich tätig eingestuft werden, von der Gewerbesteuer befreit. Sie müssen nur die sogenannte Körperschaftsteuer von 15% zahlen, während alle anderen Gesellschaften mit anderen Einkunftsarten gewerblich handeln und deshalb durchschnittlich etwa 30 % Steuern (15 % Körperschafts- und ca. 15 % Gewerbesteuer) zahlen. Diese Privilegierung führt zu Ungerechtigkeiten zwischen Wirtschaftszweigen und mindert die Steuereinnahmen von Kommunen. So entgehen diesen schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro jährlich.

Es gibt noch viel zu verändern – legen wir los

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik einleiten. Es wird nicht leicht, dies auf der Bundesebene durchzusetzen, auch weil wir auf politische Mehrheiten angewiesen sind. Aber das Recht auf Wohnen und faire Mieten muss endlich Priorität im Bund bekommen. Wir können und müssen die politischen Rahmenbedingungen grundlegend ändern – dafür will ich kämpfen, für Sie, für Euch und die 83 % Mieter*innen in Berlin.

■ Katrin Schmidberger
BT-Kandidatin für den Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost

Ein Rentensystem für alle Generationen

Ein gerechtes Rentensystem muss Sicherheit bieten und den Herausforderungen des demografischen Wandels standhalten. Mit einer starken gesetzlichen Rente und klugen Ergänzungssystemen schaffen wir gute Perspektiven für alle – heute und in der Zukunft.

Gute Löhne sind die Grundlage für eine stabile Rente. Auf diese sollen sich Arbeitnehmer*innen verlassen können. Gleichzeitig ist uns der demografische Wandel bewusst, weshalb wir die Kosten gerecht über die Generationen hinweg verteilen wollen und müssen. Unser Rentenkonzept verbindet soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Vernunft. Wir wollen ein Rentensystem, das alle mitnimmt, Sicherheit bietet und zukunftsfest ist. Mit einer starken gesetzlichen Rente und fairen Ergänzungssystemen schaffen wir eine Altersvorsorge, die den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht wird und gleichzeitig die soziale Sicherheit stärkt. Für uns steht fest: Niemand darf im Alter zurückgelassen werden.

Wir halten an dem Renteneintrittsalter mit 67 Jahren fest und wir streben langfristig eine Bürger*innenversicherung an, in der auch Abgeordnete, nicht anders abgesi-

cherte Selbstständige und Beamte – unter Berücksichtigung des Alimentationsprinzips – in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Dieser Schritt stärkt nicht nur die Solidargemeinschaft, sondern macht unser Rentensystem zukunftsfest.

Um die gesetzliche Rente zu ergänzen, wollen wir einen öffentlich verwalteten Fonds einführen, der nach klaren Nachhaltigkeitskriterien organisiert wird. Die Erträge des Fonds sollen insbesondere geringe und mittlere Renten stärken – ein wichtiger Schritt für alle, die von Altersarmut bedroht sind.

Ganz deutlich muss auch gesagt werden: Migration ist ein Schlüssel zur Stabilisierung unseres Rentensystems, denn sie federt den demografischen Wandel positiv ab. Wegen der Zuwanderung der letzten zehn Jahre wird unser Rentensystem langsam beständig. Die Deutsche Rentenversicherung geht davon aus, dass sich dieser positive Trend

auch 2025 und 2026 fortsetzen wird. Denn 86 % der 2015 eingewanderten jungen Männer sind heute sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Um dem demografischen Wandel im Rentensystem auch künftig gerecht zu werden, brauchen wir etwa 400.000 neue Arbeitskräfte jährlich. Daher setzen wir unter anderem auf Zuwanderung. Dafür haben wir 2023 bereits das neue Fachkräfteinwanderungsgesetz nach skandinavischem Vorbild eingeführt. Doch wir wollen auch Menschen, die ohne Ausbildung hierher geflüchtet sind, die Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen, indem wir sie schulen und ihnen so die Chance geben, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Denn wir müssen über jede Person froh sein, die freiwillig zu uns kommt und hier arbeiten möchte.

Wir wollen außerdem alle Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, unterstützen. Das wollen wir

durch Verbesserung der Erwerbsminderungsrente erreichen. Dabei halten wir an der Rente mit 63 für besonders langjährig Versicherte fest. Sie ermöglicht es Menschen, die Jahrzehnte schwer körperlich gearbeitet haben, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, wenn sie ihre individuelle Grenze erreicht haben. Gleichzeitig wollen wir allen Menschen, die möchten, die Freiheit geben, länger zu arbeiten. Dafür wollen wir flexible Übergänge in die Altersrente und Vorteile für diejenigen schaffen, die auch nach der Regelaltersgrenze weiterarbeiten wollen. Arbeitnehmer*innen, die sich entscheiden, keine Rentenbeiträge mehr zu zahlen, sollen den Arbeitgeberanteil direkt ausgezahlt bekommen. So wird Arbeit im Alter attraktiv.

■ Anna Vandrey

Sich ehrlich machen: Wie wollen wir das bezahlen?

Bessere Bildung und die Unterstützung von Familien oder Rentner*innen kosten Geld. Für die Finanzierung wollen wir neben der Neuregelung der Schuldenbremse vor allem das Vermögen von Superreichen besteuern.

Zu den Superreichen zählen nicht diejenigen Bürger*innen, die ein Ein- oder Mehrfamilienhaus besitzen. Es zählen auch nicht diejenigen dazu, die sonstiges Vermögen im ein- oder zweistelligen Millionenbereich haben. Superreich sind diejenigen, die über 100 Millionen Euro und mehr verfügen.

Bei der Umsetzung einer Vermögenssteuer wollen wir uns an dem Modell zur Besteuerung von Superreichen orientieren, das im November 2024 bei dem G20-Gipfel in Rio de Janeiro vorgestellt wurde. Dieses sieht eine Vermögensabgabe von 2 % für Superreiche vor.

Freiheit stärken,

Dringend gesucht: Mehr Ehrlichkeit in der Asyldebatte

Während die deutsche Asyldebatte von scharfen Forderungen dominiert wird, geraten Menschlichkeit, Menschenrechte und echte Problemlösungen immer weiter in den Hintergrund. Die Annäherung an rechtspopulistische Positionen verschärft die Spaltung, während zentrale Herausforderungen wie Wohnungsbau und Integration unbeachtet bleiben.

Seit Jahren wird in Deutschland über Asylpolitik und Geflüchtete diskutiert und doch hat man das Gefühl, dass die Diskussion nicht voranschreitet, sondern zurückgaloppiert. Je heftiger in Deutschland über wilde Forderungen von CDU und FDP diskutiert wird, desto mehr scheinen die menschlichen Schicksale, das Leid, der Krieg und die Menschenrechte in den Hintergrund zu treten. „Zurückweisungen“, „Aufnahmestopp“, „Obergrenze“ - je härter die Überschrift, desto weniger wird darüber nachgedacht, ob eine Forderung überhaupt umsetzbar ist und wie viel Schaden sie anrichten würde - an Europa, der Rechtsstaatlichkeit oder den Menschen, um die es geht. Mit jedem populistischen Tiefschlag verlernt Deutschland ein bisschen Menschlichkeit.

Als ich in einem Artikel im Europa-Wahlkampf darüber schrieb, dass wir dringend mehr Ehrlichkeit in der Migrationsdebatte brauchen, weil sich die politische Debatte völlig von der Realität entkoppelt hat, hatte ich gehofft, dass wir heute schon weiter sind. Aber wir sind weitere Schritte in die falsche Richtung gegangen. Nancy Faeser hat als Bundesinnenministerin inzwischen Kontrollen an allen deutschen Binnengrenzen eingerichtet, um „irreguläre Migration“ aufzuhalten. Dass jeder Mensch an diesen Grenzkontrollen Asyl beantragen darf und die Kontrollen de facto keine Asylsuchenden aufhalten können, interessiert dabei weder das Innenministerium, die journalistische

Öffentlichkeit oder relevante Teile der Wählerschaft.

Doch während sich die populistische Debatte immer mehr von der Realität entkoppelt, gibt es eigentlich so viel zu tun: Wohnungsbau, mehr Sprachkurse, Investitionen in das Bildungssystem oder Entbürokratisierung. Noch immer darf nicht jede*r hier arbeiten, obwohl hunderttausende Arbeitskräfte gesucht werden. Seit Jahren verstecken wir in einer zunehmend an den rechten Rand gewanderten Debatte die wahren Aufgaben hinter irrsinnigen Illusionen. Nur noch eine Asylrechtsverschärfung und dann kommt bestimmt niemand mehr nach Europa? Nur noch ein bisschen weniger Sozialleistungen und etwas mehr Härte an der Grenze und die Welt ist wieder in Frieden und Ordnung? Nur noch ein paar Forderungen von Rechtspopulisten übernehmen und dann verschwinden die Rechtsaußenparteien schon wieder von der Bildfläche?

Das tragisch-skurrile an dieser Debatte aus meiner Sicht als Europaparlamentarier ist, dass diverse EU-Länder schon Jahre vor Deutschland diesen Weg eingeschlagen haben. Statt Verantwortung für die jeweilige Einwanderungsgesellschaft zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass sie endlich funktioniert, befinden sich viele Mitgliedstaaten in einer Abwärtsspirale aus Abschottung und Abschreckung. In Litauen gibt es von der russischen Grenze kommend schlichtweg keine Möglichkeit mehr, Asyl zu beantragen; auch Polen will

offen das Recht brechen und erleichtert den Schusswaffeneinsatz an der Grenze. Zuvor hat man dort Menschen, die vor Krieg und fürchterlicher Gewalt flüchten, jahrelang als „hybride Waffen“ entmenschlicht. In Libyen finanzieren die EU-Kommission und EU-Staaten wie Italien die libysche Küstenwache, die Menschen abfängt und in Massenlagern einsperrt, in denen Frauen systematisch vergewaltigt werden. In Tunesien werden Geflüchtete in der Wüste ausgesetzt - von Behörden, die auch unser Steuergeld bekommen.

In weiten Teilen der Asylpolitik hat man inzwischen das Gefühl, dass die Rechtsextremen Wahlen gar nicht gewinnen müssen, um ihre Politik durchzusetzen.

Wohin die Übernahme von rechten Forderungen führt, haben dabei eigentlich diverse Beispiele gezeigt. Die Demokraten in den USA versuchen seit Jahren immer härter gegen die Migration an der Südgrenze vorzugehen und Trump ist stärker denn je. Mark Rutte hat in den Niederlanden jahrelang immer rechte Sprache zu Migration gewählt. Im Ergebnis ist nun der rechtsradikale Wilders Regierungschef. Und auch in Italien, wo die Konservativen immer härtere Migrationspolitik eingefordert haben, regiert die Postfaschistin Meloni inzwischen mit komfortabler Mehrheit.

Mittlerweile sollte klar sein: Die Übernahme von rechtsextremen oder populistischen Positionen schwächt die Rechten nicht. Im Gegenteil: Rechtsextreme profitieren

davon, wenn man sich ihrem Populismus in Wortwahl oder Vorschlägen annähert, statt Herausforderungen gut zu vermitteln, Probleme zu lösen und Empathie zu erzeugen. Das haben auch die letzten Wahlen gezeigt.

Und auch als Grüne sollten wir uns nach mehr als drei Jahren in der



Foto: Erik Marquardt

Ampelregierung selbstkritisch fragen, ob diese Regierung nicht zu oft selbst Teil des Problems statt der Lösung war. Natürlich gab es Erfolge wie das Chancenaufenthaltsrecht oder die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die man mühsam durchsetzen konnte und die hunderttausenden Menschen helfen, Teil der Gesellschaft werden zu können und ihre Träume zu verwirklichen. Aber es gab eben auch diverse Asylrechtsverschärfungen, die allzu oft fast ohne konkretes Ziel zur Gängelung als Selbstzweck in Eilverfahren

durch Regierung und Bundestag gepeitscht wurden. Damit das Signal ankommt, dass die Regierung „verstanden hat“.

Doch „verstanden“ haben wir wohl erst, wenn wir wieder erkennen, dass man am Zusammenhalt statt an der weiteren Spaltung arbeiten muss. Dass Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde jedes einzelnen Menschen uns stark machen. Verstanden haben wir wohl erst, wenn wir merken, dass das Asylrecht eine historische Errungenschaft ist, die zu verteidigen nicht nur eine historische Verantwortung ist, sondern auch etwas, das wir den kommenden Generationen schulden. Noch vor wenigen Generationen konnte man sehen, zu was Menschen und Gesellschaften im Stande sind, wenn sie nicht in den Rahmen von rechtsstaatlichen Demokratien und unveräußerlichen Rechten eingeeht sind. Lasst uns den geschichtlichen Auftrag, der sich aus diesen Verbrechen ergibt, auch für die kommenden Generationen verteidigen.

Die Bundestagswahl und die nächste Legislatur ist dafür ein guter Anlass. Und ich freue mich, dass so viele Kandidierende in meiner Partei das auch so sehen und wir hoffentlich das Ruder herumreißen können. Denn im Umgang mit den Schwächsten zeigt sich, wie stark eine Gesellschaft wirklich ist.

■ Erik Marquardt
Mitglied des Europäischen Parlaments

Demokratie schützen

Unsere freiheitliche Demokratie wird von autoritären Kräften bedroht – von innen wie von außen. Wir Grüne stehen entschlossen ein für eine wehrhafte Demokratie und schützen Zivilgesellschaft, Gerichte und Medien.

Unsere Freiheit ist kein Selbstläufer. Unsere Demokratie steht zunehmend unter Beschuss durch autoritäre oder rechtsextreme Menschen. Doch wir Grüne verstehen uns als Bollwerk für unser Gesellschaftsmodell. Mit einem Demokratiefördergesetz wollen wir die Menschen stärken, die sich täglich für unsere Demokratie engagieren. Es ist Aufgabe der Politik, Initiativen gegen Hass, Hetze und Extremismus bestmöglich auszustatten und ihnen den Rücken zu stärken. Zusätzlich ist auch der Schutz unserer unabhängigen Gerichte zentral für die Demokratie, weshalb wir erst vor Kurzem das Bundesverfassungsgericht gestärkt haben.

Neben den Bedrohungen von innen sehen wir auch Desinformationskampagnen aus dem Ausland, die darauf abzielen, Unsicherheit und Spaltung zu schüren. Soziale Medien müssen in die Pflicht genommen werden, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von

Falschinformationen vorzunehmen. Zudem müssen wir entschiedener gegen ausländische Bots vorgehen. Schutz gegen Desinformation bietet auch die starke plurale Medienlandschaft in Deutschland, die wir fördern möchten.

Unsere Erinnerungskultur ist ein weiteres Fundament unserer freiheitlichen Demokratie. Wir fördern daher Orte der Erinnerung und des Lernens. Der Blick in unsere Geschichte ist nicht nur Mahnung, sondern auch ein Auftrag, unsere Demokratie für kommende Generationen zu bewahren.

■ Jordi Mühle

„Ich will in einer Gesellschaft leben, in der sich alle Menschen sicher fühlen können und in der unser Zusammenhalt uns stärkt. Gemeinsam statt einsam, denn Zusammenhalt ist unser gesellschaftlicher Kitt.“

- Lisa Paus

Selbstbestimmung verteidigen

Seit November 2024 gilt das neue Selbstbestimmungsgesetz – ein großer Fortschritt. Vorher mussten Betroffene für eine Änderung von Geschlechtseintrag und Vornamen einen entwürdigenden Prozess durchlaufen. Doch die Union möchte diese Tortur wieder einführen. Wir werden die Selbstbestimmung entschieden verteidigen.

Das Selbstbestimmungsgesetz ermöglicht die einfache Änderung des Geschlechtseintrags und Vornamens einer Person beim Standesamt. Bevor unser Gesetz zum 1. November 2024 in Kraft trat, galt das diskriminierende Transsexuellengesetz. Betroffene mussten für eine Änderung langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren durchlaufen. Zusätzlich mussten sie sich auf eigene Kosten von zwei Gutachter*innen als psychisch krank diagnostizieren lassen, bevor sie ihren Geschlechtseintrag korrigieren oder ihren Vornamen ändern durften. In diesem Prozess wurden oft entwürdigende Fragen gestellt, beispielweise nach der Art der getragenen Unterwäsche oder auch nach Masturbationsfantasien. Auch der Ausgang des Verfahrens blieb ungewiss: Letztendlich entschied ein Gericht darüber, ob Geschlechtseintrag und Vorname geändert werden durften oder nicht. So wurde ein derart sensibler und persönlicher Schritt zu einer

von staatlicher Seite entwürdigenden Tortur. Dieser Prozess gehört endlich der Vergangenheit an.

Doch die Union will diese Tortur wieder einführen. Sollte sie sich durchsetzen, müssten Betroffene ab Sommer 2025 erneut die entwürdigenden psychologischen Gutachten über sich ergehen lassen und Gerichte über ihre intimsten Persönlichkeitsmerkmale entscheiden lassen. Das ist für uns unvorstellbar, weshalb wir dem Vorhaben der Union fassungslos gegenüberstehen.

Falls Sie Menschen kennen, die unsere unkomplizierte Regelung nutzen könnten, machen Sie diese bitte darauf aufmerksam, dass es möglicherweise zu einer Änderung kommen könnte. Dass wir überhaupt darauf hinweisen müssen, ist eine traurige Realität. Doch wir Grünen werden alles tun, um die Wiedereinführung dieser Tortur zu verhindern. Mit uns in der Regierung wird das Selbstbestimmungsgesetz in jedem Fall bestehen bleiben.



Lisa Paus, Foto: Nils Leon Brauer

Eine Stimme für die Grünen ist immer eine Stimme für Respekt und Selbstbestimmung und gegen die Rückkehr zu Diskriminierung und Demütigung.

■ Jordi Mühle

Frieden sichern!

Warum wir Frieden nur in Freiheit erreichen können

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine macht deutlich: Frieden und Freiheit in Europa sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen verteidigt werden. Wenn wir die Ukraine nicht unterstützen, riskieren wir, vor Gewalt zu kapitulieren – und damit unsere Werte und die Sicherheit in Europa und darüber hinaus aufs Spiel zu setzen.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind mittlerweile mehr als 1000 Tage vergangen. Die Illusion eines dauerhaften Friedens in Europa ist zerstört. Uns wurde in aller Deutlichkeit gezeigt, wie zerbrechlich Freiheit und Sicherheit sind, wenn sie nicht entschlossen verteidigt werden. Der Angriffskrieg Russlands ist nicht nur ein brutaler Bruch des Völkerrechts, sondern auch ein Angriff auf die Werte, die unsere europäische Gemeinschaft prägen: Demokratie, Freiheit und die Wahrung der Menschenrechte.

Freiheit ist mehr als ein politisches Ideal – sie ist die Grundlage für sozialen und politischen Frieden. Nur in einem Umfeld, in dem Menschenrechte und demokratische Prinzipien geschützt sind, können Gesellschaften dauerhaft stabil bleiben. Ein Frieden ohne Freiheit ist hingegen fragil und anfällig für eine Erpressung durch autoritäre Mächte. Die Ukraine kämpft also nicht nur für ihre eigene territoriale Integrität, sondern für die Werte, die das Fun-

dament der europäischen Gemeinschaft bilden.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt Europa vor eine ihrer schwersten Bewährungsproben seit dem Ende des Kalten Krieges. Russlands aggressive Politik und der brutale Angriff auf die Ukraine zeigen, dass Sicherheit in Europa nicht mehr als selbstverständlich betrachtet werden kann. Deutschlands zukünftige Bundesregierung muss sich dieser Realität stellen, indem es militärisch, wirtschaftlich und diplomatisch Führungsverantwortung übernimmt. Das bedeutet, die Ukraine weiterhin humanitär, militärisch und finanziell zu unterstützen und gleichzeitig die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten.

Der Krieg in der Ukraine zeigt auf dramatische Weise, dass Frieden nicht durch Nachgiebigkeit gegenüber Aggressoren erreicht werden kann. Russlands Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf die Werte Freiheit und Selbstbestimmung. Die Lektionen dieses Konflikts sind klar: Wehrhaftigkeit ist unerlässlich, um

die Freiheit zu verteidigen. Wer Freiheit aufgibt, verliert nicht nur seine Rechte, sondern setzt auch den Frieden aufs Spiel. Damit Frieden auf Gerechtigkeit und nicht auf Nachgiebigkeit basiert, sollten Verhandlungen möglichst aus einer Position der Stärke geführt werden.



Ukraine und EU-Flaggen, Foto: lizenzfrei

Daraus folgt, dass auch eine militärische Unterstützung der Ukraine unerlässlich ist – nicht nur für die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine, sondern zum Schutz des Völkerrechts und im Sinne aller Staaten, die durch imperialistische Bestrebungen bedroht werden. Die Entscheidung für Waffenliefer-

ungen an die Ukraine war und ist keine leichtfertige Entscheidung, aber sie ist bittere Notwendigkeit in dieser Welt, in der Aggressoren wie Russland internationales Recht brechen. Die Alternative zur Unterstützung der Ukraine wäre nicht Frieden, sondern die Kapitulation vor Gewalt. Niemand will Krieg, und gerade deshalb dürfen Angriffe auf souveräne Staaten nicht belohnt werden. Denn dann würden sich Autoritäre nur weiter motiviert sehen, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Das hätte weitreichende Konsequenzen für die Sicherheit Europas und eine regelbasierte Weltordnung. Friedensappelle allein reichen nicht aus, wenn sie in Realität ignoriert werden. Unser entschiedenes Einstehen für die Ukraine ist von der festen Überzeugung motiviert, dass dieser Weg langfristig der beste Weg zu einer friedlicheren Welt und einem sichereren Europa ist.

■ Johanna Golissa

Nahostkonflikt

„So erfolgreich und wichtig die militärischen Erfolge gegen diejenigen waren, die den Staat Israel von der Landkarte tilgen wollen, so unglaublich und nicht verantwortbar ist das unsägliche menschliche Leid in Gaza.“

- Annalena Baerbock

Deutschland hat eine historisch bedingte Verantwortung für den Schutz Israels. Aus unserer Geschichte ergibt sich gleichzeitig die besondere Verpflichtung Deutschlands zum Eintreten für das Völkerrecht und damit die intensive Unterstützung der Zivilbevölkerung in Gaza. Nur eine aktive deutsche Außenpolitik kann der historischen Verantwortung Deutschlands gerecht werden und den Verhandlungsprozess einer Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage der Grenzen von 1967 fördern, um dauerhaften Frieden und Sicherheit für Palästinenser*innen und Israelis zu erreichen.

■ Johanna Golissa

Eine moderne und verteidigungsfähige Bundeswehr

Kaum ein Thema polarisiert so sehr wie Aufrüstung – sei es die Idee einer neuen Wehrpflicht oder milliardenschwere Sondervermögen. Auch wir Grünen wünschen uns eine Welt, in der keine Waffen notwendig sind. Doch die Sicherheitslage zeigt, dass wir vorbereitet sein müssen, um Frieden zu wahren.

Deutschland, als eine der führenden Wirtschaftsnationen und zentrale Kraft in der Europäischen Union, trägt besondere Verantwortung zur Sicherung der Stabilität und für den Frieden in Europa. Frieden und Demokratie gehen Hand in Hand. Nur so können wir die Wahrung der Grundrechte, freie Meinungsäußerung und politische Teilhabe sicherstellen.

In einer multipolaren Welt hängt die Glaubwürdigkeit der EU auch von ihrer Fähigkeit ab, Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Das geht nur mit einer starken und einsatzbereiten Bundeswehr, die Konflikte vorbeugt und potenzielle Aggressoren abschreckt.

Doch die deutsche Bundeswehr ist in desolatem Zustand: Durch jahrelange Sparpolitik fehlt es an Personal, Material und Infrastruktur. Um im Verteidigungsfall einsatzbereit zu sein, braucht die Bundeswehr gut ausgebildetes Personal und eine moderne Ausrüstung. Wir wollen die Wehrpflicht nicht wieder einführen. Stattdessen setzen wir auf den freiwilligen Wehrdienst, den wir für eine breite Zielgruppe wieder attraktiver gestalten und für langfristige Bindung sorgen wollen, indem wir gute Arbeitsbedingungen schaffen.

Doch Personal allein reicht nicht: Die Verteidigungsfähigkeit Europas hängt auch von einer modernen Ausrüstung und damit von einer starken Rüstungsindustrie ab. Auf europäischer Ebene setzen wir deshalb auf Zusammenarbeit, um eine effiziente und zukunftsfähige Rüstungsindustrie aufzubauen.

Investitionen in die Bundeswehr sind aber nicht nur eine Frage nationaler und europäischer Verteidigung, sondern auch der Erfüllung internationaler Verpflichtungen. Als verlässlicher Partner in der NATO wollen wir die vereinbarten Ziele einhalten und mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Sicherheit investieren.

Diese Mittel sind notwendig, um Deutschlands Verteidigungsfähigkeit zu stärken und unsere Bündnispartner*innen zu unterstützen. Nur mit einer gut ausgestatteten und gut ausgebildeten Bundeswehr können wir Frieden sichern, Demokratie schützen und unserer Verantwortung in Europa und darüber hinaus gerecht werden.

■ Johanna Golissa

Deutschlands Rolle in einer unsicheren und komplexen Welt

Unsere Welt ist zunehmend von autokratischen Mächten geprägt. Deutschland muss seine Verantwortung wahrnehmen und mit einer starken Außen- und Sicherheitspolitik aktiv an der Gestaltung internationaler Ordnung mitwirken.

Russland als Aggressor gegen die Ukraine ist derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa. Doch die geopolitischen Herausforderungen enden nicht in Osteuropa. Autokratische Mächte vergrößern ihren globalen Einfluss und bedrohen die Stabilität demokratischer Werte weltweit. Hinzu kommt eine wachsende Unsicherheit innerhalb der westlichen Bündnisse selbst. Die erneute Wahl Donald Trumps in den USA wirft Fragen über die Verlässlichkeit der transatlantischen Partnerschaft und die Rolle der USA als Garant der westlichen Sicherheitsordnung auf.

Aktuelle geopolitische Herausforderungen

Der Konkurrent und Partner Europas China strebt nach mehr Einfluss in der Welt und erhöht den militärischen Druck auf Taiwan. Es gilt, die Zusammenarbeit mit China bei globalen Themen wie Klimaschutz zu fördern und gleichzeitig klare Grenzen zu setzen, wenn europäische Werte und Interessen bedroht sind.

Die Situation im Nahen Osten ist zunehmend instabil. Eine nachhaltige Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinenser*innen ist nur durch einen entschlossenen diplomatischen Prozess möglich. Wir setzen uns klar für eine Zwei-Staa-

ten-Lösung ein, basierend auf den Grenzen von 1967.

Im Iran sind schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung, die gesamte Region ist instabil. Intensive diplomatische Bemühungen sind auch dort notwendig, um eine nukleare Bewaffnung des Irans dauerhaft zu verhindern.

Das Jahr 2024 brachte jedoch auch einen Hoffnungsschimmer in den Nahen Osten: Mit dem Ende des Assad-Regimes in Syrien endet für die syrische Bevölkerung jahrzehntelange Repression, Vertreibung und Gewalt.

Was das für die zukünftige Bundesregierung bedeutet

Eine friedliche Zukunft erfordert entschlossene Diplomatie und einen offenen Dialog mit allen Beteiligten. Langfristige Stabilität kann erst durch diplomatische Lösungen entstehen, indem Konflikte entschärft werden. Internationale Kooperation ist dabei unverzichtbar. Die enge Zusammenarbeit zwischen NATO, EU und weiteren globalen Partner*innen bildet das Fundament gemeinsamer Strategien gegen geopolitische Spannungen, aber auch gegen die große, nur global zu lösende Bedrohung unserer Zeit, den Klimawandel. Jetzt ist die Zeit, Ver-

antwortung zu übernehmen, internationale Verpflichtungen einzuhalten und politische Lösungen aktiv zu unterstützen. Eine Außenpolitik, die sich der Realität der Gegenwart stellt und gleichzeitig Freiheit und Sicherheit anstrebt, muss einen zentralen Platz in der politischen Debatte in Deutschland einnehmen.

■ Johanna Golissa

Sich ehrlich machen: Wie wollen wir das bezahlen?

Im Jahr 2022 haben wir das 100-Milliarden-Sondervermögen zur Modernisierung der Bundeswehr mitbeschlossen. Wir setzen uns für ein weiteres Sondervermögen ein, um unsere Wehrhaftigkeit auf das notwendige Niveau zu bringen. Die hohen Investitionen in die Bundeswehr allein über den laufenden Haushalt zu finanzieren, ist unrealistisch und würde schließlich unsere Sicherheitslage gefährden. Zudem würde das unsere Sicherheit gegen den sozialen Zusammenhalt ausspielen – und das kommt nur den Kräften zugute, vor denen wir uns schützen möchten. Ein neues Sondervermögen für die Bundeswehr ist die richtige Investition in unsere Sicherheit und damit in unsere Zukunft.

Am 23.02. Grün wählen!

gruene.de 

**SCHULEN
UND KITAS:
SANIEREN!**

EIN BÜNDNIS. EIN WORT.

gruene.de 

**LEBEN:
BEZAHLBAR
MACHEN!**

EIN BÜNDNIS. EIN WORT.

gruene.de 

GEMEINSAM.

LISA PAUS FÜR CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

EIN MENSCH. EIN WORT.

V. U.S.P. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Charlottenburg-Wilmersdorf | Mühl. Bornhof | Uhlandstraße 79, 10717 Berlin



ZUVERSICHT.

EIN MENSCH. EIN WORT.

gruene.de 

**NATUR
UND KLIMA:
SCHÜTZEN!**

EIN BÜNDNIS. EIN WORT.

gruene.de 

**FRIEDEN IN
FREIHEIT:
SICHERN!**

EIN BÜNDNIS. EIN WORT.



ZUSAMMEN.

EIN MENSCH. EIN WORT.

„Wählen Sie bei dieser Bundestagswahl mit beiden Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und damit Menschen, die Sie beim Wort nehmen können. Wir übernehmen Verantwortung – GEMEINSAM.“

-Lisa Paus

Partei ergreifen

Seit dem Ende der Ampel haben wir bereits mehr als 20.000 Neumitglieder gewonnen. Wow! Nun suchen wir Sie: Kommen Sie ins Team und werden Sie jetzt Mitglied!



Jetzt spenden

Schon wieder Bundestagswahl! Das geht ins Geld: Druckkosten, Social Media-Beiträge, Überstunden. Deshalb freuen wir uns auch an dieser Stelle über Unterstützung:



Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Charlottenburg-Wilmersdorf

Uhlandstraße 79
10717 Berlin
T +49 (0)30/40 74 37 79
Email: kv@gruene-cw.de

 [gruene-cw.de](https://www.gruene-cw.de)